

Die Halle vertrieben bei normaler Auflage 2,50 M., durch die Hof-Verkaufsstelle zu 2,00 M. an der Verkaufsstelle. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern und von allen Reichspostämtern am Sonntag-Bergerstraße 11, am Sonntag-Bergerstraße 11, am Sonntag-Bergerstraße 11.

werden die 6 gebotenen Anzeigen... Sonntag und Montag einmal.

Morgen-Ausgabe.

Wachstumsberichter Jahrgang.

Nr. 67. Halle, Dienstag, den 10. Februar 1914. 1914.

Mb. Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 9. Februar. Am Ministertisch: von Dallwitz. Präsident Graf von Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Die Einnahmen werden ohne Debatte bemittelt. Bei den Ausgaben 'Etel Gehalt des Ministers' findet eine allgemeine Begründung statt. Hierbei sind die Einkünfte, die Fragen der Paragrafen und der Sorge für gemeingefährliche Geisteskrante aufgeführt.

Die Anträge.

- Ein nationalliberaler Antrag Dr. v. Krause und Genossen verlangt 1. Mitteilung der von dem Minister des Innern in der Sitzung vom 14. Januar 1914 erlassenen Anweisung an die Oberpräsidenten... 2. daß die örtlichen Polizeibehörden und Geschäftsbüroausgaben... 3. daß die Regierung ihrerseits im Bundesrat auf eine beschränkte Vorlegung der im Reichstag geforderten...

zu verzeichnen und die Ommatienzulagen... Auf die Paritätsbedingung des Zentrums gehe ich nicht ein... Ich möchte ihn bitten, sich doch eines Verstoßens zu befleißigen...

Ich möchte ihn bitten, sich doch eines Verstoßens zu befleißigen, wie er unter gebildeten und wohl erzogenen Menschen nicht ist... In der Frage des preussischen Wahlrechts... Ich möchte ihn bitten, sich doch eines Verstoßens zu befleißigen...

Wir müssen dem Herrlichen Bürgerkrieg zeigen, wofür der Weg... Wir müssen dem Herrlichen Bürgerkrieg zeigen, wofür der Weg... Wir müssen dem Herrlichen Bürgerkrieg zeigen, wofür der Weg...

Reichstag und Landtag muß sehr lange keine Gehege... Die Gemeinden sind mit finanziellen Schwierigkeiten überlastet... Die Gemeinden sind mit finanziellen Schwierigkeiten überlastet...

Abg. Lins (Zentr.): Die Gemeinden sind mit finanziellen Schwierigkeiten überlastet... Die Gemeinden sind mit finanziellen Schwierigkeiten überlastet...

Minister des Innern v. Dallwitz: Die Einfachheit des preussischen Beamten kann nur dadurch aufrecht erhalten werden, daß man die Beamten entsprechend erzieht...

Abg. v. Kardorff (Freilist.):

Das Ministerium des Innern ist das führende Ministerium in Preußen. Alle wichtigen Fragen werden von ihm zuerst behandelt. Deshalb werde ich in Anbetracht meiner Freunde jetzt in der Generaldebatte eine Reihe wichtiger Fragen besprechen...

Die Rede des Abg. Wähling...

Die Rede des Abg. Wähling... Die Rede des Abg. Wähling... Die Rede des Abg. Wähling... Die Rede des Abg. Wähling...

Dieses scheinbare Ergebnis hat natürlich erhebliche Maßnahmen...

Dieses scheinbare Ergebnis hat natürlich erhebliche Maßnahmen zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in der Kölner Polizeiverwaltung... Dieses scheinbare Ergebnis hat natürlich erhebliche Maßnahmen...

Im Reichstag sagte Abg. Dr. Müller-Meinigen...

Im Reichstag sagte Abg. Dr. Müller-Meinigen, die Regierung werde nicht die Hand an den Reichstag legen... Im Reichstag sagte Abg. Dr. Müller-Meinigen, die Regierung werde nicht die Hand an den Reichstag legen...

Wenn Angriffe von uns gegen den Reichstag...

Wenn Angriffe von uns gegen den Reichstag... Wenn Angriffe von uns gegen den Reichstag... Wenn Angriffe von uns gegen den Reichstag...

Der Reichstag hat sich in der Kommission als Schutzengel...

Der Reichstag hat sich in der Kommission als Schutzengel... Der Reichstag hat sich in der Kommission als Schutzengel... Der Reichstag hat sich in der Kommission als Schutzengel...

...in diesem Gebiet liegt, das verneint ich ohne weiteres an, wenn auch der Ton auf das „als ob“ eingeleitet ist, so liegt es. Sollen wir es auf dem angegebenen Wege gehen, in dem wir auf geordneten Verhandlungen zu gelangen.

Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß das Verbot ein Gesetz ist, das die Freiheit des Gewerkschaftswesens gefährdet. Ich bin zu dem Entschluß gekommen, mich nicht an dem Verbot zu beteiligen, sondern mich für die Freiheit des Gewerkschaftswesens einzusetzen. Ich bin zu dem Entschluß gekommen, mich nicht an dem Verbot zu beteiligen, sondern mich für die Freiheit des Gewerkschaftswesens einzusetzen.

Abg. Dr. Radtke (Wp.)

Die weitere Einberufung des Landtags hat auch im Interesse der Regierung, die der Reichstag nicht nur ein Gesetz, sondern auch die Zustimmung zu einem Gesetze erteilt, die der Reichstag nicht nur ein Gesetz, sondern auch die Zustimmung zu einem Gesetze erteilt.

Das Volk will doch nur seine natürlichen Rechte, gegen die es sich nicht verteidigen kann. Das Volk will doch nur seine natürlichen Rechte, gegen die es sich nicht verteidigen kann.

Mitbringen ist nicht, daß der Etat früher eingebracht werden kann. Aber die übrigen Vorlagen liegen sich wohl früher vorlegen. Ich habe mich dementsprechend im Hinblick auf die Wichtigkeit der Vorlage nicht an dem Verbot zu beteiligen, sondern mich für die Freiheit des Gewerkschaftswesens einzusetzen.

Gegenüber der Sozialdemokratie müssen alle Kräfte der parlamentarischen Parteien zusammengefaßt werden. Das ist die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Zeit. Das ist die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Zeit.

Seit Jahren schon haben wir nachgewiesen, daß es in der Politik neben der Regierung noch eine Opposition gibt. Das ist die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Zeit.

Am 11. März: vorber. Automobilverkehr des Landtags. Schluß 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Februar 1914.

Am Bundesratsstische: Dr. Debrück.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Die Genehmigung zu einem Privatfrageverfahren gegen den Abg. Wehrs wurde verweigert.

Die Dauernden Ausgaben für die entscheidenden Ausgaben sind für die Behörden zur Unterbrechung von Verhandlungen wurden ohne Diskussion bewilligt.

Die Erhebungen über den Umfang der Art und die Entlohnung der Kinderarbeit, namentlich in der Landwirtschaft, sind immer noch nicht veröffentlicht worden.

Die Erhebungen über den Umfang der Art und die Entlohnung der Kinderarbeit, namentlich in der Landwirtschaft, sind immer noch nicht veröffentlicht worden.

Die Erhebungen über den Umfang der Art und die Entlohnung der Kinderarbeit, namentlich in der Landwirtschaft, sind immer noch nicht veröffentlicht worden.

Die Erhebungen über den Umfang der Art und die Entlohnung der Kinderarbeit, namentlich in der Landwirtschaft, sind immer noch nicht veröffentlicht worden.

Die Erhebungen über den Umfang der Art und die Entlohnung der Kinderarbeit, namentlich in der Landwirtschaft, sind immer noch nicht veröffentlicht worden.

Die Erhebungen über den Umfang der Art und die Entlohnung der Kinderarbeit, namentlich in der Landwirtschaft, sind immer noch nicht veröffentlicht worden.

Das Schreiben des Herrn von Jagow gegen die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Das Schreiben des Herrn von Jagow gegen die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Das Schreiben des Herrn von Jagow gegen die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Das Schreiben des Herrn von Jagow gegen die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Das Schreiben des Herrn von Jagow gegen die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück. Die Erhebung der Reichssteuer ist ein politisches und juristisches Schriftstück.

zuerst vorgekommen werden sollen. Erst dann kann eine entsprechende Anzahl bayerischer Kandidaten in den Dienst des Amtes übernommen werden.

Ag. Ziele (Soz.): Unsere Statistik ist nicht ganz tendenziös. Bei der Handelsstatistik, deren Schwierigkeiten ich nicht verkenne, muss auch auf den Warenwert und Warenpreis Rücksicht genommen werden. Notwendig ist auch eine Statistik über die Entmündigungen. Wir müssen hier auf Grund der bedeutendsten Vorgänge auf diesem Gebiete einmal eine Übersicht bekommen, wieviel Anträge und von wem sie gestellt werden.

Ag. Regeln (Soz.): Seit vier Jahren schreiben Erträge, was über eine amtliche Statistik, und zwar nur um die Änderung eines Formulars. Die amtliche Statistik ist in Änderung unrichtig, da einzelne Streits überhaupt nicht. Wollte ich nicht man aber nur Material für eine Justizstatistik erhalten.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Das unsere Statistik nicht allen Anforderungen entspricht, darauf habe ich selbst wiederholt hingewiesen. Aber es handelt sich hier nicht allein um eine Änderung des Formulars, sondern um andere Umstände für die Ermittlung. Darüber schreiben in der Tat Erträge, die ich jederzeit gefordert habe. Die Ausgaben wurden bewilligt.

Ag. Krings (Zentr.): Klagen aus den Kreisen der Arbeiter des Weinhandels über die Mängel der Erträge, wegen in der Statistikindustrie vor, welche die Lohnberechnung erschwere.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonannes: Diese Klagen sind einschlägig. Die Weinbauarbeiter haben sich über besondere Unrichtigkeiten daraus beklagt, dass in fabrikmäßigen Betrieben auch die Förderer der Statistik unterliegen. Die Industrie muss aber diese Schwierigkeiten auf sich nehmen.

Die Ausgaben für das Reichsgesundheitsamt liegen über Resolutionen vor: 1) Wehrens, betreffs Untersuchung über die geschlechtliche Schädigung der im Weinbau beschäftigten Personen, 2) von Galzer, auf Regelung der Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Kranken-Pflegerpersonals in privaten und öffentlichen Anstalten, 3) Albrecht, auf Vornahme eines Gesundheitsjahres zur Regelung des Seemannswesens, 4) Graf Solodanoff, die Verbindungen der Seemannen zu ermitteln, auf der nächsten internationalen Konferenz in Wien dafür einzutreten, dass vorbestimmte einjähriger Nacharbeit für Seefahrer über 13 Jahren verboten wird, 5) Wehrens und Dr. Dablen auf Erlass einer Bundesverordnung zur Regelung der Arbeitszeit in der Binnenindustrie und Fischerei.

Ag. Antick (Soz.): Wir verlangen in einer Resolution, die wir schon zum Staatssekretär gestellt haben, obligatorische Ausbildung des Pflegepersonals in einer Neuordnung der bestehenden Prüfungsvorschriften, weiter die Unterstellung des Pflegepersonals unter die Reichsgewerbeordnung. Die Unterstellung in der Krankenpflege hat aus der freien Arbeitstätigkeit einen feststehenden Lohn heraus gemacht. Das Pflegepersonal muss dieselben Rechte und Pflichten haben, wie alle Arbeiter auf Grund der Gewerbeordnung.

Ag. Dr. Grelsch (Zentr.): Im Interesse unserer gesundheitlichen Verhältnisse und auch der Ärzte selbst ist ein tüchtiges Krankenpflegepersonal notwendig. Eine gleichmäßige Ausbildung der gesamten Pflegepersonals aber, wie sie der Vorredner gewünscht hat, läßt sich nicht durchführen. Ein obligatorischer regelmäßiger Erholungsurlaub ist nicht möglich. Die Wänderung der Ärzte muss endlich kommen, da die wirtschaftliche Lage der Apotheker stetig verschlechtert.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Was, wie die des Ag. Antick enthielt, ist durch Überleitungen und Verordnungen geschehen. Wirkliche Verbesserungen müssen wir abzuwarten haben. Durch ein Reichsgesetz ist dies aber nicht möglich. Der Gewerbeordnung kann das Pflegepersonal nicht unterstellt werden, weil weder die Krankenpflege gewerbliche Arbeiter, noch die Arbeitgeber Gewerbebetriebe sind. Eine gesetzliche Regelung der Ausbildung läßt sich wegen der Verschiedenartigkeit der Anstalten nicht durchführen. Aber bestimmte Grundzüge haben sich die Verbindungen der Regierungen bereits geeinigt; man muss abwarten, wie sie sich entwickeln. Die Resolution von Galzer ist unbedeutend, da dieser Weg bereits von uns beschritten worden ist.

Ag. Braun von Angke (Kons.): Zur Verhinderung des Gebrauchs von Waffen, populäre Schriften in Waffen verbreitet werden. Wirkliche Maßnahmen müssen wir abzuwarten haben; doch dürfte es sich um Ausnahmefälle handeln.

Ag. Dr. Blum (Kons.): Herr v. Kardorff hat sich im Abgeordnetenhaus in sehr scharfen Worten heute gegen die Einmündigung des Reichstags in preussische Angelegenheiten verwahrt. Was wird er dazu sagen, das sich auch in Konventionen, wie der Vorredner, an dieser Einmündigung beteiligt? Nicht die Sozialdemokratie hat als erste die Verhältnisse in den Krankenhäusern bedrohen, sondern ich. Seit dem vorigen Jahr hält nun Ag. Antick auch über diese Dinge seine bekannten Querverden. Eine gesetzliche Dienstzeit kann nicht festgelegt werden, wohl aber eine obligatorische Ausbildung.

Nächste Sitzung Dienstag 1. Ubr: Weiterberatung, Schluss 7 1/2 Ubr.

Deutsches Reich.

Die Africareise des Kronprinzen. Das Wollfische Bureau teilt mit: Zur Ausführung der widerstreitenden Gerichte über eine Africareise der kronprinzlichen Herrschaften ist mitzuteilen, dass zwar Erwägungen schweben, im Laufe des Sommers eine Informationsreise um Afrika zum Besuche aller deutschen Kolonien auszuführen, das jedoch eine endgültige Entscheidung bis jetzt noch nicht gefallen ist.

Der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Albrecht v. Neebeberg, ist aus dem einseitigen in den dauernden Aufstand übergetreten und aus diesem Anlaß unter Verletzung des Charakters als wirklicher Geheimrat mit dem Präsidents Erzeugnis ausgezeichnet worden.

Parteinachrichten.

Das Zentrum opponiert gegen die Gewerkschafts-Statistik. Der Reichsausschuss der Zentrumspartei beschloß einen Aufruf folgenden Inhalts an die Mitglieder der Zentrumspartei zu richten: Das Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Zentrumspartei dient zur Erhaltung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und der Förderung gemeinsamer Interessen. Das

Zentrum ist eine grundräftig politische, nicht konfessionelle Partei. Seine Anhänger müssen in den sozialen und wirtschaftlichen Organisationen tatkräftig mitarbeiten, um den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg von Land und Volk zu fördern. Sie müssen von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß gegenüber der stetig wachsenden Macht der Staats- und Religionsfeindlichen Sozialdemokratie die christlich-nationale Arbeiterbewegung nur dann voll zur Geltung kommen kann, wenn alles hintangehalten wird, was ihre Einigkeit und ruhige Entwicklung gefährdet. Das Vertrauen der Zentrumspartei wird seit langem von einzelnen Personen und Vorgesetzten zu unterwunden gelacht; selbst die höchste Meinung aller christlichen katholischer Mitglieder des Zentrums wird verächtlich — denn auch nicht direkt von den Gewerkschaften gesprochen wird — hat doch diese Kundgebung eine unvertennbare Spitze gegen Kardinal Kopp und seinen Endes auch gegen die päpstliche Enzyklika.

Nationalliberale Protestkundgebung. Aus Ostpreußen wird berichtet: Der hiesige Nationalliberale Kreis erstlich eine nachdrückliche Protestkundgebung gegen die Behandlung des Falles des Jesuitenpaters Cohaus durch die Regierung.

Ausland.

Die Antwort der Dreihundmächte auf die Note Sir Edward Greys. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet offiziell: Die Vertreter der Dreihundmächte in London haben dem englischen Kabinett die Antwort der Dreihundmächte auf die Note Sir Edward Greys mündlich abgegeben. In dieser Antwort werden die Vorschläge Sir Edward Greys prinzipiell angenommen. Die Frist zur Klärung Abensens wurde für die Zeit vom 1. bis 31. März aberkannt. Die Haltung der „Englischen“ Anliege an Großbritannien wird nach dem Vorschlag Sir Edward Greys ebenfalls angenommen. Ferner wurde erklärt, daß die Dreihundmächte bereit seien, sich mit der englischen Regierung und den anderen Mächten über jene Schritte zu einigen, welche notwendig wären, um den Besitzern der Mächte Geltung zu verschaffen. Die österreichisch-ungarischen Vertreter in Athen und Konstantinopel wurden angewiesen, sobald die Vertreter der anderen Mächte gleichzeitige Instruktionen erhalten haben, den Inhalt der Beschlüsse der Mächte den Kabinetten von Athen und Konstantinopel zur Kenntnis zu bringen.

Die Ausfahrt in der türkischen Marine. Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge wird in dem Amtsblatt der türkischen Marine mitgeteilt, daß 66 Marineoffiziere, darunter zwei Vizeadmirale und ein Konteradmiral, in den Ruhestand versetzt worden sind.

Der Spion von Nancy. Im Anschluß an die aus Nancy gemeldete Verhaftung eines früheren Lehrers aus Belgien, der Burgard heißen soll, wird uns aus Belgien im Anschluß telegraphiert, daß im Jahre 1886 der unverschämte Lehrer Schloffer, aus Schloffer bei Blichweiler gebürtig, unter Hinterlassung großer Schulden flüchtete, angeblich nach Amerika. Vermutlich ist Burgard mit Schloffer identisch.

Halle und Umgebung.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Halle, 9. Februar.

Am Vorstandssitz der Herren Justizrat Dr. Lembke, Eigenanwaltssekretär Borchert und Konditoreibehälter Pfau.

Eingänge sind nicht. Punkt 1 betrifft neue Grundstücke für Nachbewilligungen. Herr Stv. Borchert referiert namens des Staatsausschusses über folgende Magistratsvorlagen: Seit Jahren sind Ueberfretungen von Staatspositionen in beschränktem Umfange nicht bereits mit ihrem Eintritt zur Nachbewilligung vorgelegt, sondern erst bei Gelegenheit des Finaleschlusses reguliert worden. Neuere Vorgänge haben es wünschenswert erscheinen lassen, hierüber feste Grundzüge aufzustellen, die auf der einen Seite das Gelddemittlungs- beim Staatsfestsetzungsrecht der Stadtverordneten-Versammlung im wesentlichen wahren, andererseits aber auch Verfeinerung, Gefühlsförderung und Zeitverschwendung für beide Körperlichkeiten vermeiden. Zur Erreichung dieses Zieles hat auf Anregung des Staatsausschusses die Stadtverordnetenversammlung unter dem 17. Nov. 1913 beschlossen, die Genehmigung zu Ueberfretungen im Laufe des Jahres sich nur bei „größeren Summen“ vorzubehalten. So sehr der Magistrat auch das hierdurch bewirkene Vertrauen und Entgegenkommen anerkennt, so hält er doch die gewünschte Fassung für zu unbestimmt und auch für zu eng, um als Grundzüge der Einrückung dienen zu können. Vielmehr wird der gewissen Ausgaben eine Beschränkung auf einen zahlenmäßigen Betrag überhaupt nicht beschließen, bei anderen aber wieder eine Bindung an einen bestimmten Prozentsatz des in Frage kommenden Staatspostens empfehlenswerter sein. Wenn z. B. für Jugende an Arbeiterrenten nur 500 Mark in den Etat eingestellt sind, tatsächlich aber diese Jugende im Laufe des Jahres 3000 Mark betragen, also die Einstellung von 500 Prozent überschreiten, würde eine Einschränkung der zulässigen Ueberfretung auf einen bestimmten mäßigen Prozentsatz nutzlos sein, die Gewährung der notwendigen Hilfe aber nachteilig verzögern. Ebenso kann die Zahlung von fälligen Prozentsätzen, Stempel zc. nach Verbrauch des für sie etalisch ausgeworfenen Betrags nicht bis zur Nachbewilligung ausgesetzt bleiben, das vielmehr zur Vermeidung von Zwangsverfügung oder Strafe ritigmäßig zu erfolgen. Nicht nur ein rechtlicher, sondern auch ein tatsächlicher Zwang kann aber auch für eine Ueberfretung vorliegen, wenn die zum ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb erforderlichen Mittel rechtzeitig aufgebraucht sein sollten. Aus diesen Gründen dürften von vornherein alle Ueberfretungen, die durch Erfüllung einer allgemeinen oder sonstigen Pflichten oder verträglichen Bildes oder auch nur zur ordnungsmäßigen Fortführung der Geschäfte notwendig geworden sind, als solche zu bezeichnen sein, die nicht einer besonderen Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung im Laufe des Rechnungsjahres bedürfen, sondern dieser Genehmigung bei Gelegenheit des Finaleschlusses vorzubehalten sind. Einer gleichen Bestimmung beim dritten Ueberfretungen von geringerer Bedeutung bzw. geringeren Werte zu unterwerfen sein. Dieser Antrag wird jedoch nicht nach einer bestimmten, für alle Positionen gleichmäßig gültigen Summe, sondern nach einem Prozentsatz des ausgeworfenen Betrages zu bemessen sein. Denn 1000 Mark sind

20. von erscheinender Bedeutung für eine Staatsposition von 20.000 Mark und für eine solche von 20.000 Mark. Der Magistrat stellt daher zur Erwägung, ob nicht der unter dem 17. Nov. 1913 gefasste Beschluß dahin abzuändern ist, daß zur Ueberfretung von Staatspositionen die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nicht im Laufe des Rechnungsjahres, sondern erst mit dem Finaleschlusse in folgenden Fällen zu beantragen ist: a) wenn die Ueberfretung zur Erfüllung einer geschäftlichen, statutarischen oder Vertragspflicht oder zur ordnungsmäßigen Fortführung der Verwaltungsgeschäfte geboten ist, b) wenn sie nicht 10 Prozent der Staatsposition und zugleich nicht den Betrag von 5000 Mark übersteigt. Der Hausparlamentarismus hat die Vorschläge in veränderter Form angenommen.

Der Bürgermeister v. Hoffen erklärt, daß der Magistrat diesen Abänderungsvorschlägen beigetreten ist.

Die Versammlung kommt zu:
2. Von dem domänen, istalischen Gelände an der Talstraße entfällt eine Parzelle von 70 Quadratmeter Größe nach dem städtischen Flächennutzungsplan zur Straße. Der Domänenfiskus ist bereit, das Land gegen eine Kaufschillingabgabe von 30 Mark an die Stadtgemeinde abzutreten und aufzulassen. Dieser Preis erscheint angemessen. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit dem Erwerb der Fläche für veranlassend und erklärt sich mit dem Erwerb der Fläche von den genannten Preis einverstanden. Die Kosten werden später von den Anlieger bezogen und der Anleihe erlassen. (Ref. Herr Stv. M u m e r t.)

3. Von dem städtischen Grundstück Nr. 5 entfällt auf Grund der städtischen Flächennutzungsplan ein Flächenabstück von 8 Quadratmeter Größe zur Freilegung. Der Flächenabstück ist als Straßenabstück freigelegt und straßenfähig befestigt worden. Wegen Erwerbs dieser Fläche war man schon einmal mit dem Grundstücksvorbesitzer, dem Klempnermeister Bau, in Verhandlung getreten. Infolge zuwangsweiser Verkaufes des Grundstücks Freilegung Nr. 5 vermehrte aber Bau seine Vertragsverpflichtung gegenüber der Stadtgemeinde nicht zu erfüllen. Der Magistrat ist daraufhin mit dem Erbkessern des Grundstücks, Gebrüder Bombach, in Verhandlung getreten und hat den Erwerb des Landes zum Preise von 60 Mark pro Quadratmeter beschlossen. Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herren Stv. M u m e r t.)

4. Bei der im Interesse der Gleisverlegung erfolgten Straßengeregelung an der Ecke Gr. Brunnen- und Mohrd Wagnerstraße ist eine Parzellenfläche (ca. 35 Quadratmeter) vom Grundstück Gr. Brunnenstraße Nr. 49 zur Straße gezogen worden. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation ist das Land mit 15 Mark pro Quadratmeter bewertet worden. Der Eigentümer des Grundstücks fordert jedoch eine weit höhere Entschädigung. Man beschließt die Einleitung des Entschädigungsverfahrens. (Ref. Herr Stv. M u m e r t.)

5. Der Magistrat hat seine Vorlage vom 12. Dezember 1913 wegen Verlingerung des Vertragsverhältnisses mit der Fa. Gutshof u. Barnieske betr. das Speichergebäude Neue Promenade 12 zurückgezogen und beantragt jetzt, zuzustimmen, daß 1. der Mietvertrag mit der Fa. Gutshof u. Barnieske vom 31. März 1914 sein Ende erreicht, 2. die Mietzimmern vom 31. März 1914 ab auf unbestimmte Zeit gegen vierteljährliche Kündigung der offenen Handelsgesellschaft Albert Krieger & Co. hier in den nächsten, vierteljährlich im voraus zahlbaren Mietszins von 1400 Mark nebst 2 Prozent Wasserzins vermietet werden.

Die Versammlung genehmigt den Antrag. (Ref. Herr Stv. M u m e r t.)

6. Weiter beschließt man, daß die Baustelle 14 an der Staubeistraße von etwa 575 Quadratmeter Größe für den Preis von 17.000 Mark an Herrn Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Dentler hier veräußert wird. (Ref. Herr Stv. M u m e r t.)

7. Im Jahre 1878 sind bei Bebauung des an der Ecke Torstraße-Bülbergweg belegenen Grundstücks Bülbergweg 1 an der Front Torstraße 29 Quadratmeter städtisches Land in Anspruch genommen, während andererseits vom Grundstück zum Bülbergweg 1 Quadratmeter Land freigelegt worden ist. Eine Regelung der Eigentumsverhältnisse hat bisher nicht stattgefunden. Die Eigentümerin des Grundstücks, Frau Emma Hofmeister geb. Schräpler, ist bereit, die zum Bülbergweg abgetretene Fläche von einundzwanzig Quadratmeter gegen eine gleich große städtische Landes an der Torstraße auszutauschen und die überschüssigen 28 Quadratmeter Land an der Torstraße zum Preise von 10 Mark für den Quadratmeter von der Stadtgemeinde Falle zu erwerben.

Das Kollegium tritt dem Beschluß bei. (Ref. Herr Stv. M u m e r t.)

8. Im Jahre 1890 ist eine vor den Grundstücken Torstraße 33 liegende Fläche von 22 Quadratmeter Größe zur Torstraße freigelegt worden, aber bisher noch nicht ins Eigentum der Stadtgemeinde Halle übergegangen. Die offene Handelsgesellschaft Jenisch u. Reichardt hier, welcher die Parzelle gehört, ist bereit, sie zum Preise von 15 Mark für den Quadratmeter an die Stadtgemeinde zu verkaufen. Der Magistrat hält den gebotenen Preis für angemessen und hat in Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation beschlossen, das Angebot anzunehmen sowie den Kaufpreis von der Anleihe von 1910 zu befreien.

Die Vorlage wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. M u m e r t.)
Danach tritt man in die Beratung des Haushaltsplans ein. Herr Stv. Borchert referiert zunächst über den Etat der Gaswerke. Man hat einen Ueberüberschuss von 884 129 Mark eingelegt (gegen das Vorjahr + 16 879 Mark). Der Referent empfiehlt die Annahme des Etats, nur bei den Ausgaben für Kohlen, meint er, möge man 68.000 Mark streichen, da man die Kohlen pro Tonne um 2 Mark billiger eingelegt habe. Das habe die Gaswerkverwaltung allerdings noch nicht wissen können, als sie den Etatwert fertigstellte.

Herr Stv. Hülfemann vertritt die Auffassung, daß in den Etat Jahren eingelegt sind, die in den wirtschaftlichen Erträgen der letzten drei bereits abgerechneten Jahre keine Stütze haben. Die Einnahmen seien zu gering, die Ausgaben zu hoch veranschlagt. Er beantragt, den gesamten Etat bei 1 1/2 Hausalters auf 3 1/2 zu reduzieren.
Nach 1 1/2 Stunden Debatte wird dieser Antrag angenommen.

Herr Stv. Fraß referiert über den Straßenausbau.

Denen Annahme empfohlen wird. In einzelnen Fällen die Ausführungen am Protokoll unverständlich.
Herr Stv. Hoffen fragt, ob schon Verhandlungen mit der Behörde des „Moer“ stattgefunden haben, die die Mögliche

Zeit geben. Den Bürgerkrieg an jener Stelle zu verbreitern und die Geschäftlichkeit der Passage zu mildern. Redner beklagt weiter, daß die Umfesterung am „Möhr“ oft nicht als Umfesterung funktioniert, da die Wagen der beiden Linien nicht aufeinander warten. Und drittens bedauert er, daß die Linie alltags nur bis zum Zoo fährt, nicht aber bis zum Endpunkt Angerweg.

Herr Bürgermeister v. Holln im einzelnen unterhändig meint, die Einnahmen für

die neue Büschdorfer Linie,

die man pro Tag und Wagen mit 62 Mark angelegt habe, sei tatsächlich wohl zu hoch und zu geringem, sei wohl der Fall zu belancieren. 50 Mark zu annehmen, sei wohl richtiger. Was die Beschuldigungen mit der Behälter des „Möhr“ anlangt, so haben wir nun schon Anschläge zur Verbesserung gemacht, aber an die Ausführung ist einwilligen nicht zu denken, da die Forderungen der Behälter zu hoch sind. Die Preise sind anheimelnd dadurch, daß wir hier öffentlich über die Verbreiterung verhandeln, in die Höhe gestellt. Die Anlage ist inwieweit von beiden Aufsichtsböden abgenommen. Wir haben die Gefahr übrigens noch dadurch zu beseitigen gesucht, daß wir die Haltestellen so gelegt haben, daß niemand in einen Wagen hineinkommen kann. Die Wagen fahren langsam an und halten allemal so, daß man sie rechtzeitig beim Passieren jener Ecke sieht. Der Umfesterverkehr ist jetzt streng geregelt; die Wagen warten aufeinander.

Herr Stv. B o e d e (am Berichterstatterlich verständlich) mahnt, die gefährliche Stelle möglichst schnell zu beseitigen, ehe ein solches Unglück geschieht, wie unlängst in der Viehwagenstraße. Er fragt, wie es mit der Weiterführung der Straßenbahn nach Trötha steht.

Herr Bürgermeister v. Holln im Besonderen verständlich) scheint zu sagen, daß das Projekt des Baus der Straßenbahnlinie nach Trötha aufgegeben ist. Es sind aber eine Reihe anderer Projekte in Vorbereitung, die demnächst die Straßenbahnverwaltung beschäftigen werden.

Herr St. E t e n e r stellt den Antrag, für die demnächst zu eröffnende Büschdorfer Linie an Einnahme pro Wagen und Tag nur 50 Mark anzusetzen; also bei 30 Geschäftstagen etwa 2000 Mark an Jahreseinnahmen zu streifen, so daß ein Fehlbetrag von 2000 Mark bleibt. Da der Gesamtbetrag an den Zuschuß zurückgegeben ist, bietet sich Gelegenheit, das Manco auszugleichen.

Herr Stv. G r ö b e l wünscht, daß die Verbilligung der Fahrpreise, die während der Morgenstunden gilt — 5 Pf. pro Fahrt — auch in den Abendstunden, wenn die Fabriken und Geschäfte schließen, Geltung haben soll, damit die Arbeiter und Angestellten, die morgens billig fahren können, auch abends diesen Vorteil haben.

Herr Bürgermeister v. Holln bekräftigt den Antrag, die Verbilligung am Morgen geht für jedermann, sie sei eingeführt weil dann sonst keine weitere Verkehr. Die Arbeiter und Angestellten mögen sich für ihre Fahrt am Abend Abonnements nehmen, dann solle die Fahrt nur 8½ Pf. zu überlegen ist, so man auf der Büschdorfer Linie später nicht Arbeiterwagen verkehren lassen könne.

Herr Stv. B r e h m e r wendet sich gegen Herrn Stadter. Man möge die Einnahmen der Büschdorfer Linie mit 62 Mark pro Wagen und Tag belassen lassen. Die Büschdorfer erziehen die Bahn, der Verkehr werde recht stark werden, die Bahn werde florieren, zumal wenn man Gepäckförderung einrichte, wobei die Leute ihr Gemütle auf Abhängewagen zu Marzke fahren können.

Herr Stv. F r o s t im fragt wir 62 Mark einleihen pro Tag und Wagen, so bedeutet das 3124 Fahrgäste, 50 Mark bedeuten 2500 Fahrgäste. Diese Ziffer erscheint im Interesse einer vorsichtigen Bilanz richtig.

Herr Stv. W i t t e n b e r g tritt dem Etat zu annehmen, wie er vom Staatsrat genehmigt ist, und nicht 2000 Mark zu streifen. Die Ziffern, die er uns i. J. vorlegte, als es sich um die Genehmigung des Projekts der Büschdorfer Bahn und Einführung des 10 Pf. Tarifs handelte. Die Ziffern basieren auf einer gründlichen Rentabilitätsberechnung. Herr Hüllemann hat recht mit seiner Beanstandung des Gesamtwertes, und es ist ein unbedingter Schlag, wenn man jetzt beim Straßenbahnetat den Spiegel umdrehen will. Das Anspielen eines Etats gegen den anderen ist nicht richtig. Herrn Hüllemanns Ausführungen waren jedenfalls überzeugend.

Herr Bürgermeister v. Holln: Die Bahn Büschdorf haben wir deshalb projektiert, weil wir feiner anderen Gesellschaft mehr neue Linien bauen lassen wollten.

Die anderen Ausführungen des Redners bleiben unverändert.

Herr Stv. S t u l z e n: Die Rentenübertragung, wie sie jetzt bei der Straßenbahn eingeführt ist, erweist sich als sehr praktisch. Nur würde es sich empfehlen, wenn man die A-Linie durch die Wagnerstraße nachher nach Cröllwitz weiterführte. Da ist der stärkere Verkehr.

Herr Stv. M e u s w i n s c h t, daß am Theater zum Schluß der Vorstellung Wagen bereitstellen sollen.

Herr Stv. M i c h e l: Als der Magistrat das Bahnprojekt nach Büschdorf betriebe, machte er uns eine verlockende Rentabilitätsberechnung auf. Herr Giese verlangte damals den 15 Pf. Tarif, der Magistrat aber sagte: Wir können mit 10 Pf. aus, wir werden glänzende Einnahmen haben. Heute werden diese Unterlagen bezweifelt.

Herr Stv. H ü l l e m a n n: Die Ausführungen unseres Finanzabgeordneten v. Holln, der jetzt die 2000 Mark von den Einnahmen preiszugeben will, zeigen, daß er als Finanzminister nicht so feist steht, wie er sich den Anschein gegeben hat.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Etats.

Herr Stv. S e l l e r referiert Johann über den Wasserwerksrat, dessen Annahme er empfiehlt.

Herr Stv. S ü l l e m a n n n führt aus, daß beim Wasserwerkst die beiden Fehler begangen seien wie beim Gasetat. Doch findet kein Antrag auf Rückverweisung nicht die Majorität. Der Etat wird genehmigt.

Herr Stv. H o r t m a n n bringt zur Sprache, daß das Wasser des Gießentwässer Wasserwerkes sehr hart sei, viel Wasserstein absetze und andere Mängel habe.

Herr Stadtbaurat L a m m e r s: Die Bemängelung hat ihre Richtigkeit. Das Gießentwässer Wasser ist längst nicht so gut wie das Beesener Wasser. Wir sind auch bereits bemüht, die Vororte mit Beesener Wasser zu versorgen. Wir speisen schon den Wasserurm auf dem Galgenberg mit Beesener Wasser. Unsere Wasserwerksanlagen in Beesen machen wir immer leistungsfähiger und so hoffen wir, in

Kirche so weit zu sein, daß wir sämtliche Vororte mit unterem schönen, taubelosen Wasser versorgen können.

Die öffentliche Sitzung wird ¾ 8 Uhr wegen vorgerückter Zeit geschlossen.

Wenn die Herren vom Magistrat und der Stadtbordoretenerversammlung fortfahren, bei ihren Ausführungen weiter so wenig Wert darauf zu legen, sich im Saal verständlich zu machen, können künftig die Stadtbordoretenerberichte wohl kaum in der Ausführlichkeit erscheinen wie bisher.

August Hermann Franke in Berlin. Im Bürgerlichen Schauspielhaus Berlin, Rajanienale 7—9, im, beginnend mit dem 23. und dann 27. Februar 1914, das Festspiel „August Hermann Franke“ (ein Lebensbild in 7 Vorgängen von Rudolf Lorenz) aufgeführt. Der Verfasser, hier bekannt durch seine „Fustenspiele“ in Bernau (Walt) und als Leiter des Josef Kainz-Theaters in Wannsee, leitet das Spiel selbst und tritt in der Titellrolle auf. Das Festspiel zeigt die Entwicklung und die Kämpfe des Gründers der Französischen Stiftungen, die jetzt seit einem Vierteljahrtausend bestehen und alljährlich viele hunderte Zöglinge in die Welt senden. Der Reinertrag ist möglichst zwecklos gemindert.

Breussen und das Reich. Im „Münchenerbräu“ findet morgen abend 9½ Uhr eine Mitgliederversammlung des Liberalen Vereins (Vorläufige Geschäftsstelle) statt, in der die Frage des Verhältnisses zwischen Breussen und dem Reich, die durch die Vorgänge im Breussenbunde besonders aktuell geworden ist, in einem Vortrag, den ein Referent aus Leiszig, Herr B e i s h l a a, übernommen hat, ausführlich erörtert wird. Besonders dürfte auch die Frage des preussischen Wahlrechtes in der Kreis der Erörterung gezogen werden, am gegenüber der abwartenden Haltung der Regierung der Volksstimme Ausdruck zu geben. Ferner steht auf der Tagesordnung ein Bericht des Herrn Landtagsabgeordneten D e l l u s über seine parlamentarische Tätigkeit, ein Bericht des Herrn Chefredakteurs B r i n m a n n über die kommunalen Geschäfte der letzten Wochen und die Wahl der Delegierten für den Bezirksparlament. Möglichst zahlreicher Besuch ist erwünscht. Gäste sind willkommen.

Der Verein ehemaliger jüdischer Soldaten für Halle und Umgegend am Donnerstag abend 8½ Uhr im Vereinslokal, Petzold's Restaurant, Charlottenstr. 19, seine Hauptversammlung ab. Ebenfalls Angehörige der Kreis- und Garnisonvereine sind willkommen. Angehörige anderer Soldatenvereine, für die am Orte kein Regimentsverein besteht, können als Gastmitglieder Aufnahme finden.

Der Reichsdor Halle feierte am Sonntag in den als Rosenhain prächtig dekorierten Sälen des „Neumarkt-Schützenhauses“ ein wohl gelungenes Sommerfest. Die hellen Ansätze der Herren weiterleiteten mit dem besten Willen der Damen, man kam mit Nach und anderen Sommerfrüchten Blumen und Sträußen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn L. S e m p r i c h, wechselten Chöre, Quartette, Soli und sonstige Vorträge mit Spiel und Tanz ab, demjenigen je nach auch einige gemeinsame Lieder. Die Stimmung war ausgezeichnet und der Besuch so reg, daß es schwer war, sich je einer Dame als perfekter Tänzer zu erweilen. Man hatte schon um 1½ Uhr nachmittags begonnen, aber man die letzten nach Hause gingen, um 11 Uhr noch nicht loszulaufen.

Verband Halle-Thüringen der Deutschen Reichsfußballer. Die ordentliche Sitzung des Vorstandes für Februar 1914 am 6. d. Mts. war fast besch. Abgesehen wurden neben einer großen Menge von Sammelobjekten bar 550 Mark. Die Nachfrage nach den Jahresarten für 1914 war ebenfalls sehr reg. Die Jahresabrechnung für 1913 wird noch zurückgehalten, weil außer einigen inoffiziellen Beiträgen, besonders noch von Bruno (Wahrheit) eine große Summe zu ermitteln ist. Nach Annahme des Jahresberichts durch die Oberaufsicht soll sofort zur Vorstandswahl geschritten werden. Der Vorstand muß infolge anwachsender Ausdehnung des Verbandes erweitert werden. Herren, welche sich den kulturellen, sozialpatriotischen Bestrebungen des Verbandes widmen wollen, ist hier Gelegenheit zu befriedigender Betätigung. Eine große Zahl von Mitgliedern werden in der Geschäftsstelle des Verbandes, Friedenstr. 12, jederzeit entgegenkommen.

Zur Unterfertigung der Vereine zum Bau eigener Turnhallen besteht in der Deutschen Turnerschaft die Dr. F e r d. C o e g -Stiftung für die Errichtung Deutscher Turnstätten. Seit ihrem Bestehen sind bereits an 200000 Mk. an die Turnvereine zu diesem Zwecke gegeben; alljährlich werden die zur Verfügung stehenden Summen durch den Ausschuss der Deutschen Turnerschaft verteilt. Berücksichtigt werden die Vereine, die bereits 5 Jahre der Deutschen Turnerschaft angehören und sich als lebensfähig erweisen und ihre Gesuche um Unterfertigung bis zum 1. März an ihren Kreisvertreter eingeleitet haben. Vorbedingung ist ferner, daß der Verein die Rechtsfähigkeit erlangt hat und daß die Möglichkeit ausgeschlossen ist, etwa im Vereinsorte vorhandene Turnhallen oder Turnplätze von Schulen und anderen Turnvereinen mit zu benutzen.

Verband Hallischer Athletikclubs e. V. Der Verband veranstaltete am 4. Februar in den Laubhütchen sein großes Winterfest, welches sehr gut besucht war. Einen prächtigen Anseher der Robalbahnen Kavalle folgte die Ansprache des Vorsitzenden, Herrn F. O t t e, welcher in kurzen Worten darauf hinwies, wie notwendig es sei, einem Verband anzugehören und welche Vorteile jetzt wieder der Verband nun bietet, nämlich die Unfallversicherung für seine Mitglieder ohne Beitragszahlung. Drei statt gelieferte Einleiter: Sein Festgebäude und „Die gute alte Zeit“ (Die Hoffmann) bildeten den Glanzpunkt des Programms, welches am 10. März im Saal des „Königs-Kaufmanns“, 11330 Pf. D i n o, Schlaben i. B., 9198 Mk.; Königin Marienbütte A. G. C a i n s d o r f 11206,40 Mk.; Rich. B ä r m a n n u. Sohn, Chemnitz, 10300 Mk.; Georg v. C a l l n, Hannover, 11206,40 Mk.; Karl Schlegel, Feuersdorfer Leiszig, 11330 Mk.; R ö n n e m a n n u. K ü n e m a n n, Reinoldsdorf, 12360 Mk.; B r a s v. B e r t h e, Berlin-Mariensfeld, 10506 Mk.; Gebr. S t o r p, Berlin, 10317,60 Mk.; Reuter u. Staube, Halle, 5. 1206,40 Mk.; G. D. P. S t a u b e, GutsMuths, 11350,60 Mk.; F. D r u d e n m ü l l e r, Berlin-Tempelhof, 11680,20 Mk.

30 000 Mark-Spende Hamburg. Der Hamburger Senat beabsichtigt in der Bürgerliste einen Antrag ein, den durch die Sturmflut an der Ostsee Ueberflutungen eine Entfertigung in Höhe von 50 000 Mark aus öffentlichen Mitteln zu gewähren.

Ein Marineoffizier beim Turnen tödlich verunglückt. Der Oberleutnant J. S. Freiherr von Baullieu-Marconnay stürzte in Wilhelmshaven beim Turnen vom Mast ab. Er war sofort tot. Freiherr Karl Albrecht Baullieu-Marconnay, der erst vor wenigen Wochen zum Oberleutnant a. S. befördert war, war am 12. Juni 1889 in Hannover als Sohn des Hannover lebenden Oberst a. D. Leo Freiherr von Baullieu-Marconnay geboren. Er trat am 3. April 1877 in die Kaiserliche Marine ein und wurde am 28. September 1910 Offizier. Zuletzt gehörte der Verlorene der zweiten Torpedobrigade an. Bis zum Herbst vorigen Jahres war Freiherr von Baullieu, nachdem er vorher an Bord des Kreuzers „Gneisenau“ Dienst geleistet hatte, Adjutant bei der 3. Abteilung der 2. Matrosendivision.

Dynamitexplosion in einem Bergwerk. Aus K e u r o d e (Schlesien), 9. Febr., wird gemeldet: Auf der Konig Wenzeslausgrube in Mülde ereignete sich gestern eine Dynamitexplosion, wobei ein Bergmann getötet und fünf Bergleute verletzt wurden.

Wahlfrauenstritte auf dem Lande ereignen sich in der letzten Zeit immer häufiger. Reichlich erwieben von dem „Kreuzzeitung“ an den heftigen; jetzt berichten die verschiedenen Zeitungen davon, daß in einem neu gegründeten Anführer G e r d a u e n e t n a 30 Familien aus der Kirche ausgeschieden sind.

Gehemnisvolles Verbrechen. In dem ihrem Mann, einem reichen Automobilfabrikanten, getrennt lebende Frau Harriet Manning ist in New York einem geheimnisvollen Verbrechen zum Opfer gefallen. Sonnabend, spät abends, ließ sich eine Fremde, unter dem Vorwand wichtige persönliche Mitteilungen machen zu wollen, bei Frau Manning melden. Als diese der Unbekannten, deren Gesichtszüge durch einen dichten Schleier verdeckt waren, gegenübertrat, zog die Fremde plötzlich einen Revolver und schreie Frau Manning durch mehrere Augen nüber. Darauf entfloß die geheimnisvolle Attentäterin. Frau Manning war sofort tot. Die Polizei glaubt aus verschiedenen Momenten entnehmen zu können, daß es sich bei dem Attentat um einen Mann handelt, der sich, um seine Spur zu verwischen, in Frauenkleider gekleidet hat.

Letzte Depeschen.

Brig Heinrich fährt nach Südamerika.

Brig Heinrich wird mit Gemahlin und Gesolge auf dem neuen Amerikadampfer „Cap Trafalgar“, der jetzt auf der Hamburger Vulkanwerft für die Hamburg-Deutscheramerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft seiner Vollendung entgegengeht, am 10. März nach Buenos Aires fahren und mit demselben Schiff wieder nach Deutschland zurückfahren.

Der neue Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen.

Laut „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat der Kaiser den Direktor im preussischen Justizministerium Hlrl. Gch. Oberjustizrat Dr. F r e n k e n zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen ernannt. Dem neuernannten Unterstaatssekretär wird die Abteilung für Justiz und Kultus übertragen werden. Ferner hat der Kaiser dem Ministerialdirektor für Elsaß-Lothringen v. F r a u t a die nachgelagerte G u l l a s s u n t e r Bezeichnung des Sterns zum Kommandeur 2. Klasse in Gnaden erteilt. Zum Ministerialdirektor wurde an seiner Stelle der Ministerialrat C r o n a k e r n a n n t.

Zabern und kein Ende.

Keist in Baden, 9. Februar. Vor dem Schöffengericht hatten sich heute der Sohn des Verlegers des „Zaberner Anzeigers“, W i c h e d e, und der Schreinermeister G l a d aus Zabern wegen gemeinshaftlichen Hausfriedensbruchs, Wiedebe auch noch wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Es handelte sich um den Ueberfall auf den Redakteur der „Straßburger Nachrichten“, A y s, der anfangs Dezember im Zusammenhang mit der Pressefrage anlässlich der Zaberner Vorfälle verurteilt wurde. Wiedebe wurde zu 200 Mark, Glad zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Beiden wurden die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Ballin in Budapest.

Budapest, 9. Februar. Generaldirektor Ballin und Direktor Strom sind hier eingetroffen, um wegen des Auswandererverkehrs mit dem maßgebenden Persönlichkeiten in Verbindung zu treten.

Die Wohnungsfrage in Schweden.

Stockholm, 9. Februar. Die Meldung eines Blattes von der Entkränkung des Königs Gustaf von Schweden auf Schloss Drottningholm ist falsch. Der König ist vielmehr gesund und traf heute in Stockholm ein, empfangt alsbald im Schloss die Mitglieder des Ministeriums. Die Zeitung „Aftensbladet“ bestätigt, daß König Gustaf bereits am Sonnabend der Regierung seine Amtort mitgeteilt hat über den Standpunkt, den er in der Landesverordnungsangelegenheit einnehmen wird. Die Mitglieder der Regierung haben sich heute abend zu einer Besprechung versammelt, die besetzungsvoll ist, weil bisher die Meinung des Königs in dieser Angelegenheit mit der des Ministeriums nicht harmoniert.

Um den Preis der Nationalflugzeuge. Auf dem Flugplatz Johannisthal startete Montag morgen um 7 Uhr 30 Minuten der A. G. D.-Pilot Max S c h y l e r auf einem A. G. D.-Doppeldecker um den Städtepreis der Nationalflugzeuge. Er hat für ungefähr 12 Stunden Betriebsstoff an Bord und steigt in der Richtung Hamburg-Siel.

Das Reichsgericht verwarf am 9. Febr. die Revision der Haupterin Witwe Margarete W e n d e l und des Tagelohners Josef B i t t h aus Hagenau, welche vom Schwurgericht zu Straßburg am 5. Dezember zum Tode verurteilt worden waren, weil sie am 7. Mai v. J. den Chemiker der Eisenbahnen, den Richter Michael Wendel, durch Gift ermordet hatten.

Vermischtes.

30 000 Mark-Spende Hamburg. Der Hamburger Senat beabsichtigt in der Bürgerliste einen Antrag ein, den durch

